Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (1991)

Heft: 4: Weniger Energieverbrauch nach 2000 : die vier Wege zum Ziel

Rubrik: Energieszene Schweiz

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Solaranlage vom Kanton Zürich verboten

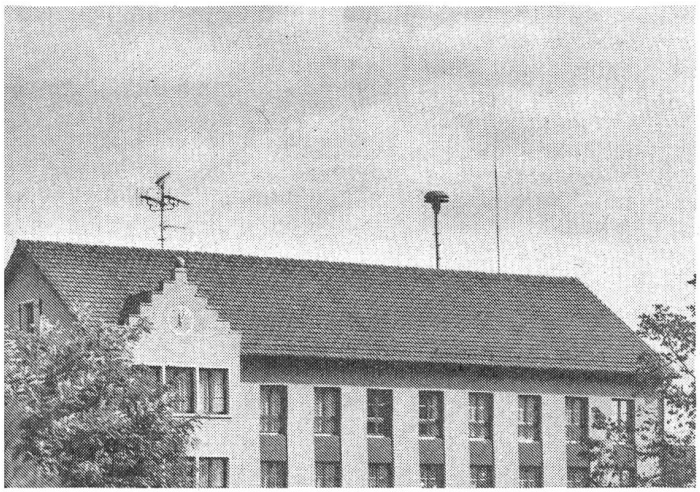
Der Gemeinderat von Rheinau (ZH) wollte mit einer Photovoltaikanlage auf dem Dach des Gemeindehauses ein Zeichen zur Förderung der Sonnenenergie setzen. Doch die Zürcher Baudirektion, das kantonale Amt für Raumplanung sowie die kantonale Natur- und Heimatschutzkommission verhinderten das Projekt erfolgreich - aus optischen Gründen.

Rheinau besitzt eines der schönsten Ortsbilder des Kantons Zürich. Dafür ist die Gemeinde am Rhein vom Heimatschutz ausdrücklich gelobt worden. Noch knapp innerhalb des Ortsbildschutz-Perimeters liegt das Gemeindehaus: ein stattlicher, sauber herausgeputzter und umgebauter, rotbrauner Bau, der früher zum Teil als Turnhalle diente und nun die Büros der Gemeindeverwaltung sowie Feuerwehranlagen beherbergt. Auf dem Giebeldach fallen TV- und Funkrufantennen sowie eine Alarmsirene auf. Kurz: Als wertvolles bauliches Schmuckstück tritt dieses Haus nicht in Erscheinung, und Ortsunkundige werden es nicht als Gemeindehaus erkennen.

Die Dachlandschaft würde nun - so musste der Rheinauer Gemeinderat aus dem fernen Zürich vernehmen - in einem unakzeptablen Mass beeinträchtigt, wenn die Antennen um einen Solarzellenstreifen ergänzt würden. Dies zumindest ist die Meinung der kantonalen Natur- und Heimatschutzkommission. Der Baudirektor und SVP-Regierungsrat Hans Hofmann ist dieser ablehnenden Empfehlung gefolgt. Doch der Rheinauer Gemeinderat, dessen Entscheid damit aufgehoben wurde, ist mit dem Bescheid aus Zürich ganz und gar nicht einverstanden: Er hat den Fall an den Gesamtregierungsrat weitergezogen.

Das Gemeindehaus würde sich neben der optimalen Ausrichtung nach Südwesten auch deshalb besonders gut eigenen, so hoffte die Rheinauer Gemeindebehörde, weil damit im Rahmen von "Solar 91" ein "sichtbares Zeichen zur Förderung der Sonnenenergie" gesetzt werden sollte. Im Gemeindehaus selbst würde eine Anzeige montiert, welche die Bevölkerung über die Stromproduktion informieren würde.

TA, 3. Okt. 1991



Bekäme das Dach des Rheinauer Gemeindehauses neben der Sirene und den Antennen noch einen Sonnenkollektor aufgesetzt, wäre es "verschandelt". (Bild Beat Marti)

Umweltorganisationen für Umweltabgaben

Sechs Umweltorganisationen haben die Bundesratsparteien aufgefordert, nach dem Verzicht auf den Ökobonus sofort einen Konsens zur Einführung von Umweltabgaben oder marktwirtschaftlichen Lenkungsinstrumenten zu erarbeiten, Dabei müssen alle Energieträger belastet werden, um die Opfersymmetrie zu verbessern und unerwünschte Substitutionseffekte zu verhindern.

Die Umweltorganisationen haben mit Befriedigung festgestellt, dass sich alle vier Bundesratsparteien und weitere Parteien für Marktwirtschaftliche Lenkungsinstrumente im Umweltschutz und beim Energiesparen ausgesprochen haben. Zu Beginn der jetzigen Legislaturperiode müssen sich die Parteien zusammenraufen und sich auf ein Abgabesystem einigen, das auch eine soziale Rücksichtnahme vorsieht. Es gehört zu den vordringlichsten Aufgaben dieser Legislatur, die nötigen Massnahmen zur Erreichung der Stabilisierungsziele des Programms "Energie 2000" und der Klimaziele zu verwirklichen. Der Appell der Umweltverbände wird getragen vom Schweizerischen Bund für Naturschutz SBN, den Naturfreunden Schweiz NFS, der Schweizerischen Gesellschaft für Umweltschutz SGU, der Schweizerischen Energie-Stiftung SES, dem WWF und dem VCS.

NZZ, 25. Okt 1991

Lösung für radioaktive Abfälle?

An einer von Bundesrat Adolf Ogi eröffneten Konferenz am 19. November im Rahmen des Aktionsprogramms "Energie 2000" begannen Verhandlungen über die Entsorgung radioaktiver Abfälle. In dieser "Konfliktlösungsgruppe" sind dabei: das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement EVED, die AKW-Betreiber und andere Produzenten radioaktiver Abfälle, die Nagra, Umweltorganisationen unter ihnen die Schweizerische Energie-Stiftung SES, Wissenschaft und Behörden. In ersten Gesprächen ging es darum, die einzelnen Standpunkte darzustellen. Es wird noch ein langer Weg sein, bis innerhalb dieses "Energiefriedens" ein gemeinsamer Konsens gefunden sein wird.

gir

EWZ kann Sparbedingungen stellen

Der Zürcher Gemeinderat hat gegen die Stimmen der SVP und eine Stimme der CVP ein neues Reglement zum Bezug von Strom verabschiedet. Danach kann das EWZ von grossen Bezügern verlangen, dass ihre Geräte dem neuesten Stand der Energiespartechnik entsprechen müssen. Auch die Freisinnigen fanden, dass der ökonomischen Vernunft hin und wieder mit etwas Zwang und Überredung nachgeholfen werden müsse. Ein weiteres Reglement erlaubt es, speziell sparsame Energieanwendungen zu subventionieren.

VR, 26. Sept. 1991

Erfreut über Umweltschutzvorschriften

Die vorwiegend in der Energietechnik tätige Schweizer Elco Looser Holding hat nach zwei grösseren Akquisitionen in Frankreich und Deutschland die Abhängigkeit vom Schweizer Markt auf noch 30 Prozent verkleinert. Der Löwenanteil, nämlich 45 Prozent werden im stark wachsenden (12 bis 14 Prozent) deutschen Markt erzielt. Vor allem in den neuen Bundesländern sind über eine Million Heizungsanlagen total veraltet. Die Schadstoffemmission entsprechen weder den gesetzlichen Grundlagen noch ökologischen Aspekten. Damit kann einer Totalsanierung nicht aus dem Wege gegangen werden, was der Elco Looser massive Zusatzimpulse geben wird. Erfreut blickt man auch auf die Einführung verschärfter Umweltschutzvorschriften im restlichen Europa. Die Schweiz beispielsweise reduziert im kommenden Jahr die heute

gültigen Emissionswerte für Stickoxyde auf die Hälfte. Die dazu erforderlichen neuen Technologien zu entwikkeln, sind nur wenige Konkurrenten in der Lage.
HZ 19. Sept 1991

Val Madris soll geschützt werden

Die Arbeitsgruppe Val Madris hat eine detaillierte Fotodokumentation über das hintere Val Madris im Bündnerland zusammengestellt. Teile des Hochtals sollen als "Flachmoore von nationaler Bedeutung" unter Schutz gestellt werden, wie das der Bund aufgrund der Rothenthurm-Abstimmung vorschlägt. Das Gebiet wird von einer Alpgenossenschaft aus dem Domleschg bewirtschaftet, die ihrerseits das Begehren unterstützt. Die Unterschutzstellung wird einzig von den Kraftwerken Hinterrhein bekämpft, die dort einen Stausee planen. Das hintere Madris beherbergt eine riesige Amphibienbevölkerung.
VR 17. Sept 1991

St.Galler Atominitiative rechtmässig

Fünf Jahre nach dem Zustandekommen der Volksinitiative "Zukunft ohne Atomstrom" in der Stadt St. Gallen hat das Bundesgericht gegen die St.Galler Behörden entschieden: Das Volksbegehren der Umweltorganisationen sowie der linksgrünen Parteien ist rechtmässig und muss dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden. Die Stadt wird aufgefordert, umweltschonende und energiesparende Techniken zu fördern und auf Atomenergie zu verzichten. Die St.Galler Stadtregierung lehnte das Begehren als rechtswidrig ab, hauptsächlich weil die Initianten Forderungen nach einem Stromsparprogramm in der Höhe des Atomstromanteils mitlieferten.
TA 26. Nov 1991

Im Büro wird zuviel Strom vergeudet

In den Schweizer Büros wird nicht viel geistige Energie darauf verwendet, Energie zu sparen. Die Stromverbrauchswerte der Bürogeräte waren bisher bei der Beschaffung und Betrieb kaum ein Thema. Im Rahmen des Impulsprogramms Ravel ist nun festgestellt worden, was sich im Büro an Strom sparen liesse: viel.
Ravel, ein Weiterbildungs- und Informationsprogramm des Bundesamtes für Konjukturfragen erkundet Möglichkeiten zur rationellen Verwendung von Elektrizität. In der Bürotechnik sind nun die Energieforscher fündig geworden.
Bürogeräte (Grosscomputer,PC, Bildschirme Drucker Kopierer und Faxgeräte) haben drei Betriebszustände: arbeitend, standby und abgeschaltet. Die eigentliche Arbeitszeit der meisten Geräte ist, verglichen mit der Dauer eines Arbeitstages, nur kurz. Deshalb sagt der Arbeitsstromverbrauch wenig aus. Faxgeräte etwa, die Tag und Nacht in Bereitschaft stehen, verbrauchen laut Ravel-Messungen rund 80 Prozent ihres Strombedarfs im reinen Standby-Betrieb. Und einige Typen von Fotokopierern bringen es sogar fertig, 25 Prozent ihres Stromverbrauchs dann zu konsumieren, wenn sie ausgeschaltet sind.
TA 6. Nov. 1991

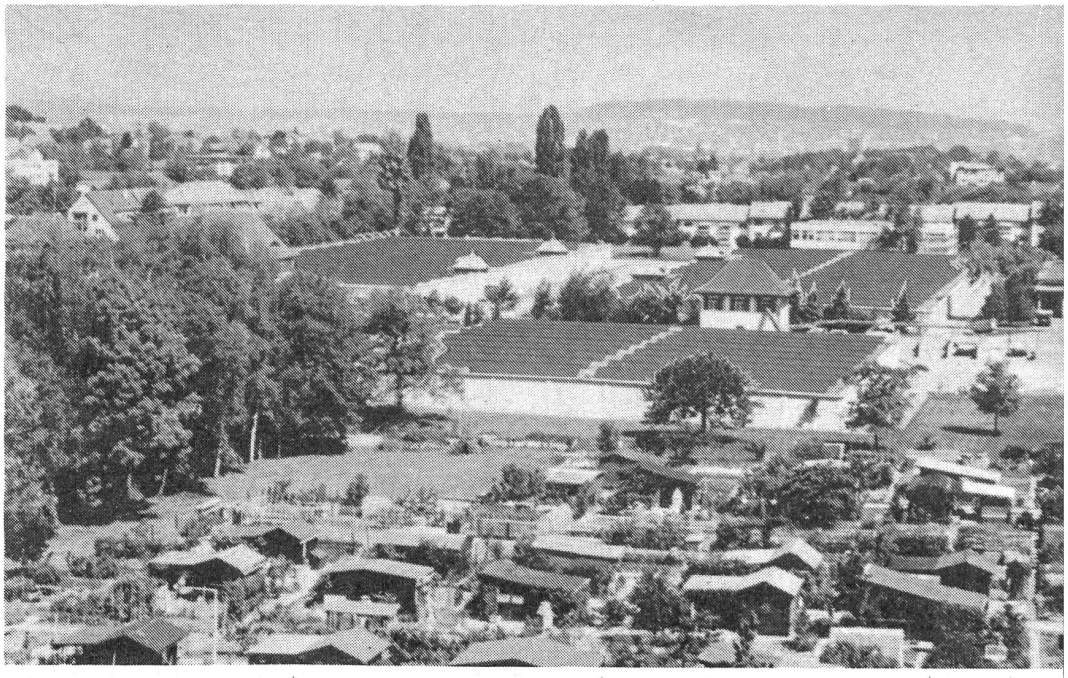
1100 Einsprachen gegen Grimsel West

Gegen das abgeänderte Konzessionsgesuch der Kraftwerke Oberhasli AG (KWO) für das Ausbauvorhaben Grimsel West sind 1100 Einsprachen eingegangen. Wie eine Sprecherin des Regierungsstatthalteramtes in Meiringen BE aussagte, werden die Einsprachen jetzt an das Departement für Verkehr, Energie und Wasser (VEWD) des Kantons Bern weitergeleitet und dort geprüft. Da das überarbeitete Konzessionsgesuch der KWO wesentliche Änderungen enthielt, war das Projekt vom 28. Okotober bis zum 26. November 1991 erneut öffentlich aufgelegt worden. Bestehende, gegen das alte Konzessionsgesuch eingereichte Einsprachen bleiben aufrechterhalten, soweit sie sich nicht gegen wegfallende Anlageteile richten oder innert der Einsprachefrist schriftlich zurückgezogen wurden.
NZZ 2. Dez 1991

HZ Handelszeitung, NZZ Neue Zürcher Zeitung, TA Tages-Anzeiger, VR Volksrecht

500 Kilowatt-Sonnenkraftwerk in Zürich

Der Zürcher Gemeinderat hat trotz finanzpolitischen Bedenken einem Kredit von knapp 8.5 Millionen Franken für den Bau eines 500-Kilowatt-Sonnenkraftwerkes in Zürich-Wollishofen zugestimmt. Aufgrund eines 1988 überwiesenen Postulats nahm die Stadtverwaltung das Projekt für ein Sonnenkraftwerk an die Hand. Zur Diskussion stand der Bau einer Anlage im alpinen Raum oder aber in der Stadt selber. Letztere Variante wurde schliesslich der Vorzug gegeben.: Auf den Dächern des Seewasserwerkes Moos in Zürich Wollishofen soll das Photovoltaikprojekt realisiert werden.. Bisher existiert in der Schweiz ein vergleichbares Projekt nur auf dem Mont Soleil der Bernischen Kraftwerke. Ziel des Projekts ist Erfahrung und Wissen zu sammeln.
NZZ 26. Sept. 1991



Die Fotomontage zeigt die Solarzellenfelder, die auf den flachen Gebäuden des Seewasserwerkes in Zürich Wollishofen installiert werden sollen. (Bild pd)